



dRSK

Kommentar zu: Urteil: [4A_219/2010](#) vom 28. September 2010, publiziert als [BGE 136 III 528](#)

Sachgebiet: Vertragsrecht

Gericht: Bundesgericht

Spruchkörper: I. zivilrechtliche Abteilung

dRSK-Rechtsgebiet: Vertragsrecht

[De](#) | [Fr](#) | [It](#) |

Durchsetzbarkeit einer Sicherstellungspflicht im Stillhalteabkommen

Beschränkte Kognition mit Blick auf die Hauptschuld

Autor / Autorin

Corinne Zellweger-Gutknecht



Redaktor / Redaktorin

Christoph Brunner

PETER & KIM
ATTORNEYS AT LAW

Wer sich verpflichtet, eine Schuld sicherzustellen, damit der Gläubiger mit Zwangsvollstreckungsmassnahmen zuwartet, kann später nicht vorbringen, der Gläubiger verletze dieses Stillhalteabkommen, wenn er die Betreuung auf Sicherstellung einleitet (E. 2). Vielmehr ist eine solche Sicherheitsleistung vorab zu erbringen und bleibt so lange geschuldet, bis die ihr zugrunde liegende Auseinandersetzung rechtskräftig entschieden ist. Im folgenden Aberkennungsprozess ist daher nur zu prüfen, ob die sicherzustellende Schuld offensichtlich nicht besteht. Eine weitergehende Prüfung der Hauptschuld ist nicht zulässig bzw. auf den Hauptprozess zu verweisen. Ansonsten bliebe der Gläubiger an das Stillhalteabkommen gebunden, während der Schuldner bis zum Ende des Hauptprozesses mit der (alsdann wertlosen) Sicherstellung warten könnte (E. 3).

Zusammenfassung des Urteils

[Rz 1] Im November 2002 fordert Y von X über CHF 15 Mio. zurück. Die Parteien vereinbaren, dass der Gläubiger vorderhand auf rechtliche Schritte verzichtet, die dem Ruf des Schuldners oder seiner Gesellschaften schaden könnten. Im Gegenzug unterzeichnet der Schuldner eine als «acknowledgment of debt» bezeichnete Schuldanerkennung über den streitigen Betrag und verspricht überdies, für die Zahlung Pfandsicherheiten zu stellen, unter anderem auch sein Haus. Der Schuldner leistet daraufhin erste Abschlagszahlungen, aber keine Sicherheiten.

[Rz 2] Als sich abzeichnet, dass der Schuldner sein Haus verkaufen wird, bevor das vereinbarte Grundpfand darauf errichtet werden kann, schliessen die Parteien eine Folgevereinbarung, mit einer in casu strittigen Klausel, nach der die noch offene Summe von über CHF 11 Mio. für weitere zwei Jahre gestundet bleiben und statt einem Grundpfand neu ein bestimmter Betrag des Verkaufserlöses als Sicherheit dienen soll. Weiter sehen sie vor, dass die Vereinbarungen dahinfallen, falls der Gläubiger während der Stillhaltefrist eine Klage zur Eintreibung der Schuld anstrengt. Mangels Leistung der versprochenen Sicherheit betreibt der Gläubiger den Schuldner schliesslich auf Sicherheitsleistung und erhält provisorische Rechtsöffnung.

[Rz 3] In seiner Aberkennungsklage bringt der Schuldner vergeblich vor, die Vereinbarung sei aufgrund der Betreibung hinfällig geworden. Ausserdem rügt er, die Vorinstanzen hätten sich mit der Feststellung begnügt, dass seine Einreden (die anerkannte Forderung bestehe nicht und er sei bei deren Anerkennung einem Willensmangel erlegen) offensichtlich nicht gegeben seien.

[Rz 4] Das Bundesgericht stellt klar, dass die Schuldanerkennung und das Versprechen, Sicherheiten zu leisten, die Position des Gläubigers verstärken, indem eine spätere Vollstreckung des Anspruchs durch die Schuldanerkennung erleichtert und die Befriedigung allfälliger Ansprüche durch die Sicherheiten gewährleistet wird (E. 2.1). Diese Verstärkung kann nach Treu und Glauben einzig als Gegenleistung für Risiken verstanden werden, welche der Gläubiger mit der Stillhaltezusage eingeht. Klagt er nicht die anerkannte Schuld, sondern lediglich die Einhaltung der Bedingungen ein, unter denen er sich zum Stillhalten verpflichtet hat, verstösst er folglich nicht gegen das Stillhalteabkommen (E. 2.2).

[Rz 5] Ausserdem fehlt nur dann ein schützenswertes Sicherstellungsinteresse, wenn die Hauptschuld offensichtlich weder besteht noch entstehen wird bzw. deren Anerkennung offensichtlich willensmängelbehaftet ist (Art. 2 Abs. 2 ZGB). Eine weitergehende Prüfung ist erst im Prozess um die Hauptschuld vorzunehmen. Andernfalls wäre der Gläubiger an das Stillhalteabkommen gebunden, während der Schuldner mit der Sicherheit zuwarten könnte, bis über die Hauptschuld rechtskräftig entschieden ist. Das Urteil über die angebehrte Sicherstellung erwächst somit über die Vorfrage zum Bestand der zu sichernden Forderung nicht in Rechtskraft (E. 3 in Bestätigung von BGE 121 III 474 E. 4.a S. 478). Im Gegenzug kann der Schuldner auf Ersatz allfälligen Schadens klagen, wenn sich im Hauptprozess herausstellt, dass die Sicherheitsleistung zu Unrecht erfolgte (E. 3.5.2).

Kommentar / Einschätzung

[Rz 6] Zu Recht unterbindet das Bundesgericht vorliegend den letztlich trölerischen Versuch eines mutmasslichen Schuldners, eine versprochene Sicherheitsleistung zu vermeiden, indem er rechtshemmende und -vernichtende Tatsachen aus dem zu sichernden Hauptverhältnis vorträgt.

Zitiervorschlag: Corinne Zellweger-Gutknecht, Durchsetzbarkeit einer Sicherstellungspflicht im Stillhalteabkommen, in: dRSK, publiziert am 1. Dezember 2010

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw

EDITIONS WEBLAW

Weblaw AG | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Bern

T +41 31 380 57 77 info@weblaw.ch

weblaw.ch